

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER - FUNKTION UND UMSETZUNG

HINTERGRUND

Das Europäische Semester ist ein Instrument der neuen wirtschaftspolitischen Steuerung der Europäischen Union, das 2010 von der EU-Kommission im Rahmen der Strategie Europa 2020 (s. [Steckbrief Europa Strategie 2020](#)) beschlossen wurde. Ziel ist, den nationalen und europäischen Institutionen einen Zeitplan und eine Hilfestellung zur Erreichung der Ziele der Europa 2020-Strategie zu bieten. In die Umsetzung des Europäischen Semesters sind die Wirtschafts- und Finanzministerien der Mitgliedstaaten sowie die EU-Kommission, das Europäische Parlament, der Europäische Rat und der EU-Ministerrat eingebunden.

PROZESS

Das Europäische Semester beginnt am Ende eines jeden Jahres mit dem Jahreswachstumsbericht der EU-Kommission. Im März zieht der Europäische Rat dann Bilanz zur makroökonomischen Gesamtlage sowie zu den Fortschritten bei den fünf Kernzielen und den sieben Leitinitiativen der Strategie Europa 2020. Im April erstellen die Mitgliedstaaten ihre Stabilitäts- und Konvergenzprogramme (SKPs) sowie ihre nationalen Reformprogramme (NRPs), welche die europäischen Kernziele und Leitinitiativen in nationale Ziele übersetzen. Diese werden im Mai und Juni von der EU-Kommission geprüft, die anschließend länderspezifische Empfehlungen zu den einzelnen Programmen ausspricht. Im Folgemonat werden diese Empfehlungen offiziell durch den EU-Ministerrat genehmigt. Dies beschließt das Ende eines Europäischen Semesters. In den verbleibenden sechs Monaten eines Jahres ist es die Aufgabe der Mitgliedstaaten, die erhaltenen Empfehlungen in ihr Reformprogramm aufzunehmen.

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Rest des Jahres
Europäische Kommission	stellt jährlichen Wachstumsbericht vor				bewertet Reformprogramme der Mitgliedstaaten	sendet Reformvorschläge an Mitgliedstaaten	
EU-Ministerrat		diskutiert Wachstumsbericht vor dem Europäischen Rat				nimmt Reformvorschläge an	überwachen Umsetzung der Reformvorschläge
Europäisches Parlament		diskutiert Wachstumsbericht vor dem Europäischen Rat					
Europäischer Rat			entwirft Reformprioritäten für Mitgliedstaaten			diskutiert und ergänzt Reformvorschläge	
Mitgliedstaaten				schicken nationale Reformprogramme und Stabilitäts-/Konvergenzprogramme an die Europäische Kommission			legen ihren Parlamenten überarbeitete Budgetentwürfe vor

UMSETZUNG

Das Europäische Semester

Im [Jahreswachstumsbericht 2012](#) vom 23. November 2011 wirft die EU-Kommission den Mitgliedstaaten vor, sich nicht ausreichend für die Umsetzung der auf EU-Ebene beschlossenen Maßnahmen eingesetzt zu haben. Sie fordert die Mitgliedstaaten auf, sich auf die Haushaltskonsolidierung, die Kreditvergabe an die Wirtschaft, die Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Bewältigung der sozialen Folgen der Krise sowie die Modernisierung der Verwaltungen zu konzentrieren.

Ein [Vergleich der länderspezifischen Empfehlungen](#) 2011/2012 durch den Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments hat ergeben, dass sich die Empfehlungen aus 2011 kaum von den Empfehlungen des Jahres 2012 unterscheiden, da viele der Mitgliedstaaten diese noch nicht umgesetzt haben. Dies ist zum Teil auch in Deutschland der Fall. Der größte Fortschritt sei in der Fiskalpolitik erreicht worden. Deutschland konnte sein Haushaltsdefizit unter drei Prozent senken, und das zwei Jahre vor der vom Rat gesetzten Frist. Die Implementierung der Schuldenbremse auf Länderebene bleibt hingegen unvollständig. Weitere Empfehlungen für Deutschland bezogen sich auf den Bankensektor, den Arbeitsmarkt, die Wettbewerbsfähigkeit bestimmter Industrien und das Energiekonzept der Bundesregierung.

Das Europäische Semester und Ressourcenschonung

Neben wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen verfolgt das Europäische Semester auch ökologische Ziele. Die [Leitinitiative Ressourcenschonendes Europa](#) sieht gemeinsam mit dem [Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa](#) vor, dass Ressourceneffizienz in das Europäische Semester verankert wird. Hierzu gehört vor allem die Überwachung umweltschädlicher Subventionen sowie die Verschiebung der Steuerlast vom Faktor Arbeit auf Umweltbelastungen. Weitere Aspekte aus dem Fahrplan ressourcenschonendes Europa werden ab 2012 in das Europäische Semester einbezogen, mit Schwerpunkt auf nachhaltige, wachstumsfreundliche Maßnahmen.

Eine Analyse der nationalen Reformprogramme 2012 durch die DNR EU-Koordination hat gezeigt, dass die Umsetzung dieser Ziele auf Ebene der Mitgliedstaaten noch große Lücken aufweist. So wird Ressourceneffizienz nur in 15 von 27 Reformprogrammen erwähnt, spezifische Maßnahmen wie die Reduzierung umweltschädlicher Subventionen oder die Verlagerung der Besteuerung von Arbeit auf Umwelt noch seltener. Der Abbau umweltschädlicher Subventionen etwa ist nur in sieben Reformprogrammen enthalten. Auch die Empfehlungen der EU-Kommission, die diesen Reformprogrammen folgten, machen selten auf die unzureichenden oder nicht vorhandenen umweltpolitischen Maßnahmen aufmerksam. Selbst bei Mitgliedstaaten, welche die umweltpolitischen Ziele der Europäischen Union mit keinem Wort erwähnten, blieb teilweise eine Empfehlung durch die EU-Kommission aus.

Deutschland ist mit seinem nationalen Ressourceneffizienzprogramm ProgRess von Februar 2012 ein Vorreiter abiotischer nichtenergetischer Ressourcenpolitik in Europa (d.h. Ressourcen wie z.B. Erze und daraus gewonnene Metalle sowie Industrie- und Baumineralien; nicht aber Ressourcen wie z.B. Wasser, Luft und Boden). Umweltschädliche Subventionen oder die Verlagerung der Besteuerung erwähnt die Bundesregierung allerdings nicht in ihrem Reformprogramm.

ANSPRECHPARTNER

EU- Ebene

Der größte Teil der inhaltlichen Arbeit zum Europäischen Semester auf EU-Ebene leistet die EU-Kommission. Verantwortlich für das Europäische Semester ist folgender Ansprechpartner in der Generaldirektion Umwelt:

Manfred Rosenstock (GD Umwelt)
Abteilung „Chief Economist, Impact Assessment and Evaluation“ (ENV.F.1)

BU-5; 4/151, B-1049 Brussels/Belgium

+32-2-295.48.87

+32-2-296.95.59

manfred.rosenstock@ec.europa.eu

Nationale Ebene

Die Verantwortlichen für das Europäische Semester auf nationaler Ebene sind sowohl im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) als auch im Bundesministerium für Finanzen (BMF) zu finden. Hierbei ist das BMWi für die Federführung des nationalen Teils und das BMF für die Federführung des europäischen Teils verantwortlich. Die entsprechenden Ansprechpartner können unter den jeweiligen Organigrammen der Ministerien gefunden werden.

Organigramm [BMWi](#)

Organigramm [BMF](#)